

t.511 Aethiopien 5 - WM/wb

3003 Bern, den 28. August 1975

A k t e n n o t i z

über die Besprechung zwischen Herrn Bundespräsident Graber und
Vertretern der Medizinischen Fakultät Bern vom 19. August 1975

Makonnen-Spital, Addis Abeba:
Finanzielle Verpflichtungen
der Medizinischen Fakultät Bern

Am 19. August um 18.00 Uhr fand auf Ersuchen der Vertreter der Medizinischen Fakultät Bern eine Aussprache mit dem Bundespräsidenten statt, an der von seiten der Fakultät deren Dekan, Prof. M. Hodler, sowie Prof. Maurice Müller, Prof. Preisig und Direktor Mamie teilnehmen. Vom DftZ waren RR und WM anwesend.

Die Sitzung hatte zum Zweck, den Dekan der Fakultät über die Haltung des EPD gegenüber dem Makonnen-Projekt zu orientieren und das Gespräch mit der Fakultät über deren finanzielles Désengagement nach Abschluss ihrer Mitwirkung beim Projekt per 30.6.1975 aufzunehmen. Die Fakultät hat gemäss Regievertrag über das Projekt für einen Viertel der schweizerischen Kosten aufzukommen, was mindestens 1,415 Millionen Franken ausmacht. Davon kommen die bisher geleisteten Barbeiträge von Fr. 550'000.-- in Abzug, so dass nach unserer Auffassung grundsätzlich noch eine Schuld der Fakultät gegenüber dem EPD von mindestens Fr. 865'000.-- besteht.

Der Dekan, Prof. Hodler, möchte sich insbesondere über die Gründe informieren, die zur Unzufriedenheit des EPD mit der Haltung der Fakultät geführt haben. Die Fakultät glaubte sich aufgrund der politischen Ereignisse in Aethiopien bekanntlich gezwungen, sich zurückzuziehen, da einerseits die Sicherheit der schweizerischen Mitarbeiter nicht mehr garantiert werden konnte und andererseits die ursprünglichen Pläne zur Realisierung des Universitätsspitals nicht mehr durchzuführen waren.

Der Bundespräsident weist darauf hin, dass das "Unglück" schon ganz am Anfang begann. Das Projekt kam für eine Aufnahme ins normale TZ-Programm nicht in Frage. Aufgrund verschiedener Umstände (namentlich bereits gemachte Versprechungen), mit welchen das EPD nichts zu tun hatte, musste es schliesslich doch durchgeführt werden. Das EPD versuchte, durch eine Reduktion und möglichst gute Anpassung des Projekts an die lokalen Verhältnisse noch das Bestmögliche aus der Sache zu machen. Es geht heute nicht darum, die

Verantwortlichen für diese Situation zu suchen. Das EPD ist mitverantwortlich, aber es stand nicht am Ursprung des Projekts, und es ist nicht zu rechtfertigen, dass das EPD die Risiken allein trägt.

Die Gesamtausgaben für das Projekt umfassen natürlich auch die Vorschüsse an Aethiopien, solange diese nicht zurückbezahlt sind, also als Schulden gegenüber der Eidgenossenschaft bestehen. Die Gesamtkosten umfassen grundsätzlich alles, was von schweizerischer Seite für das Spital zur Verfügung gestellt wurde, also nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch Medikamente und Material. - Letztlich dürfte, hinter der Fakultät, der Kanton Bern für die Deckung des Kostenanteils der Fakultät verantwortlich sein.

Direktor Mamie weist darauf hin, dass der Projektvertrag vom Juni 1973 zwischen der Schweiz und Aethiopien abgeschlossen wurde. Bereits im Februar 1974 wechselte die aethiopische Regierung. Damit verlor die Projektleitung den Gesprächspartner. Schon damals musste man sich entscheiden, ob alles einzustellen sei, oder ob der aethiopischen Seite Vorschüsse zu gewähren seien. Der DftZ wurde laufend durch Kopien über die Situation orientiert und hatte die Gewährung der Vorschüsse zur Weiterführung der Aktion sanktioniert. Im Herbst 1974 wurde gemeinsam mit dem DftZ beschlossen, dass es so nicht mehr weitergehen könne und das Projekt neu konzipiert werden müsste. Botschafter Gelzer hatte recht, als er riet, sich des Projekts auf elegante Art zu entledigen. Der DftZ war allerdings mit der Kündigung des Projektvertrags durch die Fakultät nicht einverstanden. Trotzdem kann heute gesagt werden, dass das Ziel des Projekts, fachlich gesehen, erreicht wurde: die 500 Betten des Spitals stehen heute dank der schweizerischen Hilfe im Betrieb. Es wird daher niemand bestreiten, dass das Projekt ein Erfolg war.

Ueber die Schulden Aethiopiens ist folgendes zu sagen: Mit den geleisteten Vorschüssen wurden Ausgaben bestritten, die an sich die aethiopische Verwaltung hätte übernehmen müssen, die sie jedoch aufgrund der revolutionären Situation nicht leistete. Ohne diese Vorschüsse wäre das Spital stillgestanden.¹⁾ Der schweizerische Botschafter hatte seinerzeit der Regierung den Stand dieser Vorschüsse, die sich damals auf 1,3 Millionen Franken beliefen, mitgeteilt. Diese Vorschüsse wurden Ende 1974 durch das Gesundheitsministerium anerkannt, und es erfolgte eine erste Rückzahlung von 100'000 aeth. Dollars. Zu dieser Zeit kam es auch zu den Diskussionen um den Verbleib des kaiserlichen Vermögens. Für die politische Situation kann die Fakultät nichts. Die Rückzahlung wurde ihr von aethiopischer Seite schriftlich und mündlich immer wieder versprochen. Wenn die sich heute auf ca. 1,5 Millionen Franken belaufenden

1) Nach Auffassung des DftZ handelt es sich dabei vor allem um die Entlohnung von zusätzlichem aethiopischem Personal, dessen Engagement die schweizerische Projektleitung vorgenommen hatte.

Schulden von den Verpflichtungen der Fakultät gegenüber dem Bund abgezogen werden, so hat die Fakultät ihre Verbindlichkeiten voll und ganz erfüllt. Auch hat die Projektleitung ihre ganze grosse Arbeit unentgeltlich geleistet. In Betracht zu ziehen ist auch die fest zugesicherte Spende von 1/2 Million Franken, die nach dem Umsturz unter Bezugnahme auf die neue politische Situation zurückgezogen wurde. Die Fakultät hat das Ihre im Hinblick auf diese Spende getan. Höhere Gewalt verhinderte ihre Vereinnahmung. Das soll der Fakultät nicht zum Nachteil gereichen.

Es erscheint heute notwendig, dass über den Stand des ganzen Projekts eine Orientierung der Oeffentlichkeit erfolgt.

Bundespräsident Graber ist mit dieser letzten Anregung einverstanden, glaubt aber, dass die Orientierung erst stattfinden soll, wenn der notwendige Ueberblick besteht. Wir haben gemeinsam die Verantwortung und die Risiken für dieses Projekt übernommen. Als Schwierigkeiten kamen, wollte sich die Fakultät zurückziehen. Es ist nicht einzusehen, wie man so einseitig ein Engagement einfach sollte abstreifen können.

Direktor Mamie sieht die Verantwortung anders. Der Regievertrag war ein Vertrag zwischen der Schweiz und einer Berufsorganisation. Kann eine medizinische Fakultät ein derartiges Risiko tragen? Die Schweiz ist der Partner Aethiopiens. Sie muss die Schulden Aethiopiens eintreiben. Die Botschaft in Addis Abeba hat dies auch, unter Benachrichtigung des DftZ, versucht.

Bundespräsident Graber sieht dies anders. Entweder hatte die Fakultät das Recht, den Regievertrag zu unterzeichnen und das Risiko mitzutragen, oder sie konnte sich nicht engagieren.

Direktor Mamie beharrt darauf, dass die Fakultät nur als Berufsorganisation aufgetreten sei. Der Beitrag der Fakultät wurde aus privaten Mitteln gewährt. Dazu kommt noch, dass das Budget der TZ für das Projekt unterschritten wurde. Statt 6 Millionen mussten nur 5 Millionen Franken vom Bund eingesetzt werden. Es wäre wesentlich schlimmer, wenn die Ausgaben nicht gestoppt worden wären... Die Fakultät hat ihre Verpflichtungen erfüllt. Es kann von der Fakultät heute nicht mehr verlangt werden: das Ziel des Projekts wurde erreicht, das Budget unterschritten.

Bundespräsident Graber entgegnet, dass der Bund das Projekt, das ihm von den Initianten übergeben wurde, heute noch weiterführt. Und es stellt sich die Frage der Rückzahlung der aethiopischen Schulden.

Professor Müller bringt noch eine historische Reminiszenz ins Gespräch. Anlässlich der Vertragsverhandlungen in Addis Abeba

im Februar 1973 hatte er sich gegen gewisse Verpflichtungen ausgesprochen. DftZ und Botschaft haben, gegen seinen Willen, namentlich auch Defizitgarantie-Verpflichtungen durchgesetzt.

Bundespräsident Graber entgegnet deutlich: das EPD war gegen das Makonnen-Projekt, und auch das EFDZ hatte es nicht erfunden! In der oeffentlichen Diskussion hat man uns das Projekt schon oft vorgehalten. Das EPD versuchte, noch das Beste aus einer schwierigen Situation zu machen.

Direktor Mamie kommt nochmals auf die historische Entwicklung zurück. Die Projektleitung wollte sich seinerzeit nur auf das Schweizer Personal und die Ausrüstung des Spitals beschränken. Die Defizitdeckung von Fr. 200'000.-- jährlich wurde damals von Herrn Cart von der TZ gefordert. Ohne die veränderte politische Situation wäre alles gut gegangen. Heute kann gesagt werden: auch vom fachlichen Standpunkt aus war das Projekt richtig. Wir haben genau das gemacht, was die Chinesen in anderen Staaten tun: sie erstellen zuerst ein Universitätsspital und breiten ihren Gesundheitsdienst von dort aus auf das Land aus.

Professor Müller ergänzt noch dahin, dass er auf den "succès considérable" des Projekts hinweist. Wenn wir das Spital nicht in Betrieb gesetzt hätten, so wären heute dort Militärbüros installiert. Wir sind aber auch ins Land hinaus gegangen und haben die Station von Gewani erbaut. Heute kann das EPD sehr befriedigt sein vom Resultat, das in diesem Projekt in Addis Abeba erreicht worden ist. Das Spital findet heute weit herum Anerkennung. Für den Fall, dass Eritrea einmal frei sein sollte, wurden Professor Müller bereits 50 Millionen Dollar zur Erstellung eines Spitals in diesem Gebiet offeriert!

Die Diskussion gilt dann der Methode der Barfuss-Doktoren.

Direktor Mamie weist noch darauf hin, dass viele der Vorwürfe gegen das Projekt schon von Anfang an falsch waren. Es war nie die Absicht, ein "Spital für die Reichen" zu schaffen. Der demnächst von ihm zu erstellende Schlussbericht wird zeigen, wieweit das Projekt ein Erfolg war. Die zurückkehrenden Mitarbeiter sind vom Nutzen ihrer Arbeit überzeugt, und viele kamen begeistert zurück.

Bundespräsident Graber möchte nichts Besseres, als sich von der Güte der Sache überzeugen zu lassen. Die Medizin der Chinesen sieht er allerdings anders. Die gegebene Darstellung scheint ihm sehr stark vereinfacht. Wir erwarten den Schlussbericht der Projektleitung mit Interesse. Wir werden dann auch sehen, dass die Oeffentlichkeit orientiert wird. Mit Unterstützung der Juristen und Buchhalter wird nun eine Formel zu finden sein, die "équitable" und "raisonnable" ist. Wenn es unmöglich sein sollte, die Schuld von

aethiopischer Seite einzufordern, so bleibt eben die Schuld der Fakultät gegenüber dem Bund weiter bestehen. Wir werden sehen, welche Spenden neben den Barbeträgen als Leistung der Fakultät an diese Schuld angerechnet werden können.

Die Sitzung wird um 19.15 Uhr geschlossen.

Wilhelm

(R. Wilhelm)

N.B.: Praktische Schlussfolgerung

Der DftZ macht der Fakultät einen Kompromissvorschlag.

Die Summe, auf die man (DftZ / Projektleitung oder dann EFZD / Kanton Bern) sich schliesslich mit der Fakultät als Schuld dieser letzteren an den Bund einigt, ist zunächst nicht zu bezahlen, in der Hoffnung, dass Aethiopien seine Schulden bezahlen werde.

Es ist aber mit der Fakultät eine Abmachung zu treffen, die stipuliert

- ab wann und in welchen Raten die Schuld der Fakultät zu bezahlen ist
- in dem Ausmasse, als sie, durch das Nichtbezahlen der Schulden Aethiopiens, bestehen bleibt.